



»aktuell«

Nr. 06/07

DEHOGA-Appell an Bundesregierung

Minijobs nicht verteuern

(Berlin, 20. Februar 2006) Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) fordert die Bundesregierung auf, die für Mittwoch geplante Erhöhung der Abgabenlast bei den Minijobs zu stoppen. „Wer die Minijobs um 20 Prozent verteuert, riskiert den Wegfall Hunderttausender Arbeitsplätze und damit die Leistungsfähigkeit der Betriebe“, warnt DEHOGA-Präsident Ernst Fischer.

„Ein 400-Euro-Job kostet die Unternehmer zukünftig 520 Euro statt 500 Euro“, rechnet Fischer vor. Minijobs seien in Gastgewerbe unverzichtbar, wenn es darum geht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitlich und finanziell flexibel beschäftigen zu wollen und Nachfragespitzen abzudecken. Durch Minijobs gingen keine Arbeitsplätze verloren, sondern würden bestehende Jobs gesichert.

„Die Bundesregierung greift mal wieder den Bürger und Unternehmern in die Taschen, um eigene Haushaltskassen zu füllen, und bricht ihr Versprechen, den Faktor Arbeit nachhaltig zu entlasten“, so Fischer. Die jetzige Maßnahme sei weder kreativ noch zielführend bei der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Sie provoziere die Flucht in die Schwarzarbeit. „Mehr Wachstum und Beschäftigung werden so definitiv nicht generiert werden können.“ ■

Pressemitteilung